

14. Sitzung des Ausschusses für Finanzen der Handelskammer

**Dienstag, 01. November 2022,
von 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Microsoft-Teams-Besprechung**

Ergebnisprotokoll

Teilnehmer: Astrid Nissen-Schmidt (Vorsitzende), Wilfried Baur, Henning Brauer, Dr. Florian Brill, Christopher Franzen, Stephan Lintzen, Dr. Georg Mecke

für die Handelskammer:

Dr. Malte Heyne, Adrian Ulrich, Oliver Pallentien, Markus Kempa (Protokoll)

für die HKBiS gGmbH

Armin Grams, Philipp Fischbeck

Gast

Roland Schneider (Rödl & Partner)

Frau Nissen-Schmidt eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 1 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 27. September 2022 (Beschluss)

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig beschlossen.

TOP 2 Sachstand HKBiS gGmbH (Kenntnisnahme)

Herr Ulrich gibt eine kurze Einleitung zur Beauftragung einer externen Betrachtung zur Wirtschaftlichkeit der HKBiS und übergibt das Wort an Herrn Schneider von Rödl & Partner. Herr Schneider geht zunächst kurz auf die aktuelle Lage der HKBiS ein, die durch die die negativen Auswirkungen der Corona-Krise, den Folgen des Cyber-Angriffs im August 2022 sowie der infolge des Krieges in der Ukraine stark gestiegenen Energiepreise stark belastet werde. Die Wirtschaftlichkeitsanalyse beinhalte die Prüfung dreier Szenarien zur Fortführung der Gesellschaft. Das Szenario 1 bestehe darin, dass die HKBiS wie ein privater Anbieter am Markt auftrete, Szenario 2 bestehe aus der Fortführung des Ansatzes der Nischen und Symbiosen und im Szenario 3 seien die Folgen einer Geschäftsaufgabe berechnet worden.

Der Ausschuss für Finanzen ist sich dem Grunde nach einig, dass die Szenarien 1 und 3 eher ausscheiden. In Szenario 1 würde man mit privaten Weiterbildungseinrichtungen in Konkurrenz treten, was als Tochter der Handelskammer nicht in Frage käme. Die Prüfung einer Geschäftsaufgabe als Szenario 3 sei ebenfalls sehr schwierig, da es sehr hohe und lange Mietverpflichtungen gegenüber dem Hauptmieter gebe. Außerdem sei im Zuge des Fachkräftemangels eine Weiterbildungseinrichtung für den Standort Hamburg enorm wichtig. Herr Ulrich betont, dass die hohen Mietkosten die HKBiS in besonderem Maße stark belasteten Dies resultiere in besonderem Maße darauf, dass die HKBiS auf Wunsch der HSBA ihren Mietanteil am Gesamtgebäude nachträglich von 27 auf 48% erhöht habe. Ferner sei es eine Kernaufgabe der Kammern, gerade in Zeiten des sich zuspitzenden Fachkräftemangels Weiterbildungs-

maßnahmen anzubieten. Herr Dr. Heyne bittet darum, das Szenario 2 weiter auszudifferenzieren und dabei auch die Kernaufgaben weiter auszuarbeiten.

Der Ausschuss für Finanzen plädiert dafür, die Wirtschaftlichkeitsanalyse weiter auszuarbeiten. Ferner sollte auch eine strategische Grundsatzposition der Handelskammer zur Weiterbildung erarbeitet werden, aus der abgeleitet werden könne, unter welchen Bedingungen Weiterbildung künftig angeboten werden solle. Das Szenario 2 solle weiter ausgearbeitet werden, wobei Maßnahmen konkret spezifiziert und Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Anbietern in die Analyse einbezogen werden sollten.

Herr Grams, Herr Fischbeck und Herr Schneider verlassen die Sitzung um 17:15 Uhr

TOP 3 Wirtschaftsplan 2023 (Beschluss)

Herr Ulrich gibt zunächst einen Ausblick auf das Jahr 2022 und den zu erwartenden Jahresabschluss. Es werden für dieses Jahr wesentlich mehr Beitragseinnahmen erwartet als ursprünglich geplant. Durch die steigenden Zinsen komme es zu Veränderungen im Bereich der Pensionsrückstellungen. Die Zinsausgleichsrücklage werde über den nicht mehr benötigten Teil mit dem Gutachten am Jahresende aufgelöst bzw. für Instandsetzungsmaßnahmen umgewidmet. Gleichzeitig werde sich der Renten- und Gehaltstrend für die Berechnung der Pensionsrückstellungen erhöhen, was im Rahmen der Personalkosten zu einem steigenden Dienstzeitaufwand führen werde. Infolge der Belastungen an den Kapitalmärkten werden die geplanten Erträge in diesem Bereich voraussichtlich nicht erreicht werden können und es müssten ggf. Abschreibungen vorgenommen werden. Diese Entwicklungen sollten mit besseren Erkenntnissen im März/April nächsten Jahres mit dem Jahresabschluss verarbeitet werden. Frau Nissen-Schmidt befürwortet dieses Vorgehen und merkt an, dass sich je nach Höhe des Überschusses ggf. auch eine Beitragsrückzahlung ergeben könne, die sich dann besser beziffern lasse.

Herr Ulrich berichtet über die Key Facts des Wirtschaftsplans 2023. Gemäß der jüngsten Beitragsprognose für 2023 werde ein um 1 Mio. € höheres Beitragsaufkommen erwartet als in den versandten Unterlagen ausgewiesen worden sei. Diese zusätzlichen Mittel sollten für notwendige Maßnahmen zu Gebäudeinstandhaltung sowie für einmalige Personalmaßnahmen im Rahmen der Neuaufstellung verwendet werden. Zu berücksichtigen sei allerdings, dass die Beitragsprognose aufgrund der aktuellen Krisensituation mit sehr großen Unsicherheiten behaftet sei.

Es sei in der Planung eine Gehaltssteigerung von nur 3% angesetzt worden, der genaue Wert ergebe sich aus dem zugrundeliegenden Index des 3. Quartals 2022. Die nachträglichen Tarifabschlüsse kämen voraussichtlich erst im Jahr 2024 voll zum Tragen. Herr Ulrich erläutert ferner die Entwicklung der beschäftigten Vollzeitäquivalente. Zu den anstehenden Gebäudeinstandhaltungen gehörten vor allem die notwendige Sanierung der Flachdächer sowie die Neugestaltung des Alber-Schäfer-Saales. Frau Nissen-Schmidt hinterfragt kritisch die Entwicklung der Anzahl der Mitarbeiter seit 2020. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass der Personalaufwand, trotz guter Aussichten für den Jahresabschluss 2022, mit Augenmaß entwickelt werden sollte. Herr Dr. Heyne erwähnt in diesem Zusammenhang, dass in diesem Jahr verschiedene Strukturkosten gesenkt werden konnten. Dies sei eine Daueraufgabe und werde 2023 fortgesetzt.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt dem Präsidium und Plenum den Beschluss der Wirtschaftsplanung 2023 in der vorgelegten Fassung mit folgenden Änderungen

- Erhöhung der Erträge aus Beiträgen um 1 Mio. €*
- Erhöhung des Personalaufwands um 300 T€ für Personalmaßnahmen im Rahmen der Neuaufstellung*
- Erhöhung der Mittel für Aufwendungen für Gebäudeinstandhaltung um 700 T€*

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig angenommen.

TOP 4 Verschiedenes

Herr Kempa berichtet über die Portfolien der drei Vermögensverwalter und erläutert, dass im Bereich des realisierten und unrealisierten Ergebnisses Verluste zu erwarten seien, die mit dem Jahresabschluss 2022 genau beziffert werden könnten. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis und hat keine weiteren Rückfragen.

Herr Pallentien stellt im Nachgang den neuen Gebührentarif (Prüfung gemäß § 26a WEG) vor. Im Anschluss gibt er einen Einblick in die Ergebnisse der Kostenrechnung 2021. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen soll auf weitere Anpassungen von Gebührentarifen zum 01. Januar 2023 verzichtet werden. Eine Neuberechnung vieler Tarife wird im Laufe des Jahres 2023 voraussichtlich erforderlich werden, um Preissteigerungen bei Vorleistungen aufzufangen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt Präsidium und Plenum

- *die Einführung des neuen Gebührentatbestands „Prüfung nach §26a WEG“,*
- *die Gebührentarife für die Unterrichtungen/Sonderunterrichtungen im Gastgewerbe bzw. Bewachungsgewerbe nicht zu verändern,*
- *alle anderen Gebührentatbestände nicht zu verändern.*

Die Beschlussempfehlung wird einstimmig angenommen.

Frau Nissen-Schmidt schließt die Sitzung des Ausschusses für Finanzen um 18 Uhr.

Astrid Nissen-Schmidt
Vorsitzende

Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer